

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

UMBAWIKO: Ja zu Hochwasserschutzmassnahmen an der Emme

Solothurn, 29. Juni 2015 - Die kantonsrätliche Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (UMBAWIKO) stimmte einem Verpflichtungskredit für das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Emme, Wehr Biberist bis Aare, über insgesamt 73,6 Millionen Franken zu. Im Weiteren befasste sie sich mit dem Volksauftrag „für den vollständigen Erhalt der Witschutzzone“ und stimmte dem Auftrag von Peter Brügger (FDP.Die Liberalen, Langendorf) zu, welcher ein Moratorium bei der Umsetzung der Gewässerraum-Ausscheidung fordert.

Die Hochwasserereignisse aus den Jahren 2005 und 2007 haben die erheblichen Schutzdefizite entlang der Emme zwischen Wehr Biberist und Aare in Luterbach/Zuchwil deutlich aufgezeigt. Der Kanton hat den Handlungsbedarf erkannt und will mit dem vorliegenden Bauprojekt den Hochwasserschutz deutlich verbessern, die Gewässerlandschaft für Natur und Mensch aufwerten und zugleich drei im Uferbereich liegende, ehemalige Deponien sanieren.

Die Kommission unter der Leitung von Georg Nussbaumer (CVP, Hauenstein) folgte dem Antrag des Regierungsrates und stimmte dem Verpflichtungskredit für den Hochwasserschutz an der Emme zu. Die Bruttoinvestitionen für das Projekt betragen insgesamt 73,6 Millionen Franken. Rund 90% der Kosten werden durch Bund und Kanton getragen. Die verbleibenden Restkosten teilen sich die Anstössergemeinden und Dritte, welche u.a. durch ihre Werksleitungen vom Projekt betroffen sind. Die Nettoausgaben für den Kanton von rund 18,8 Millionen Franken unterliegen der obligatorischen Volksabstim-

mung. Über die Vorlage wird die Bevölkerung im nächsten Jahr abstimmen können.

Volksauftrag „Für den vollständigen Erhalt der Witi-Schutzzone“

Der eingereichte Volksauftrag „Für den vollständigen Erhalt der Witi-Schutzzone“ fordert den Regierungsrat auf, sich für den Erhalt der bestehenden Witi-Schutzzone zwischen Solothurn und Grenchen einzusetzen. Nach intensiven Diskussionen stimmte die Kommission dem Auftrag, allerdings mit geändertem Wortlaut, zu. Der nun überwiesene Auftrag lautet wie folgt: „ Der Regierungsrat setzt sich für den ungeschmälernten Schutz der Landwirtschafts- und Schutzzone Witi zwischen Solothurn und Grenchen ein.“

Beim Moratorium zur Umsetzung der Gewässerraum-Ausscheidung folgte die Kommission nicht dem Antrag des Regierungsrates, sondern stimmte dem ursprünglichen Auftrag von Peter Brügger (FDP.Die Liberalen, Langendorf) zu. Dieser forderte ein Moratorium bei der Umsetzung der Gewässerraum-Ausscheidung.

Mit der Revision des eidg. Gewässerschutzgesetzes haben die eidgenössischen Räte Massnahmen zur Revitalisierung der Gewässer beschlossen. Bei der praktischen Umsetzung ergeben sich nun grosse Probleme und Unklarheiten insbesondere bezüglich den Landstreifen zwischen Flurwegen und Gewässerraumgrenzen, welche eine sinnvolle Bewirtschaftung des angrenzenden Landes stark beeinträchtigen. Der Auftrag von Peter Brügger fordert den Regierungsrat auf, die Umsetzung des vom Bund verlangten Gewässerraums dort auszusetzen, wo die landwirtschaftliche Bewirtschaftung durch den Gewässerraum erheblich erschwert wird. Das Moratorium soll gelten, bis einerseits die Rechtssituation durch den Bund geklärt ist und andererseits durch eine Anpassung des Flurwegnetzes oder durch andere geeignete Massnahmen eine rationelle Bewirtschaftung wieder möglich ist.